

Diskussion über Uni-Gesetz: "Es geht ums Geld"

Ob Globalbudgets für die Unis oder Studiengebühren - bei der Podiumsdiskussion "Universitätsgesetz 2002 - Gesetz ohne Rechte!?" der Hochschülerschaft der Montanuniversität Leoben ging es vorrangig um finanzielle Angelegenheiten.

Einigkeit herrschte bei der Podiumsdiskussion mit Studierenden-Vertretern, Wirtschafts- und Uni-Repräsentanten am 22. Mai darüber, dass Veränderungen im Universitätsbereich notwendig seien. Unterschiedliche Auffassungen ergaben sich aus der jeweiligen Betrachtungsweise.

Wolfgang Pöhl, Rektor der Montanuniversität, meinte, dass die dynamische Entwicklung der Universitäten mit den kommenden Budgets gestoppt würden. Der staatliche Gesamtaufwand für alle Unis würde auf rund 1,5 Milliarden Euro pro Jahr eingefroren werden. Die Unis erhielten, so Pöhl, auch nur einen Bruchteil der Umsetzungskosten. "Die Universitäten verfügen über kein Vermögen, müssen mit dem neuen Gesetz die Mietkosten für die Gebäude, die Umstellung auf ein Rechnungswesen bezahlen und völlig neue kostenwirksame Strukturen schaffen - und das in der äußerst kurzen Zeit von einem Jahr." Die Leistungsvereinbarungen, die ab 2007 kommen und innovativen Unis eine Chance für mehr Budgetmittel gäben, setzten "aber viel zu spät" ein. Zudem verlängere das Machtdreieck Rektor - Uni-Rat - Senat die inneren Abläufe.

Freien Uni-Zugang hinterfragen?

Hubert Zankel, Vorstandsdirektor der STEWEAG, erwartet sich von den Hochschulen künftig mehr Qualität der Ausbildung und Transparenz, was auch ein "Recht der Gesellschaft gegenüber den Universitäten" darstellt. Zankels wesentlichster Einwand: "Das Rektorat hat nicht die Möglichkeit, Studienrichtungen zu steuern." Das sei eine "extreme Ungerechtigkeit gegenüber Fachhochschulen". Der freie Zugang müsse - schon allein im Interesse der Studierenden - hinterfragt werden. "Froh darüber, dass der freie Zugang erhalten bleibt", zeigte sich Bundes-ÖH-Vorsitzende Andrea Mautz. Es sei aber notwendig, Orientierungsphasen zu Beginn des Studiums auszubauen. Prinzipiell solle jeder, so Mautz, nach Interesse studieren können. Für Studierenden-Vertreter Christoph Rohr, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft, ist mit der "Evaluierung mit Konsequenzen" die wichtigste Forderung erfüllt. Rohr sieht die Mitsprache bei Studienangelegenheiten für ausreichend. Grundsätzlich lehnten aber beide Studierenden-Vertreter/innen die Studiengebühren ab.

Als eine "gute Basis für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Universitäten" betrachtet Christopher Drexler, steirischer Landtagsabgeordneter der ÖVP, das Universitätsgesetz. Drexler erwartet sich ein "spannendes Verhältnis zu den Fachhochschulen".